

Sächsische Zeitung

SZ-ONLINE.DE

Bürgerinitiative stellt ihr Arbeitsprogramm vor

Etwa 150 Menschen versammelten sich am Sonntag in der Nünchritzer Wackerturnhalle und berieten über die nächsten Schritte nach der Flut.

10.06.2013



Bürgermeister Gerd Barthold spricht von Dammhöhen, die notwendig sind, um einen besseren Hochwasserschutz für seine Gemeinde zu gewährleisten. Foto: Alexander Schröter

© Alexander Schröter

Nünchritz.

Innerhalb von zwei Tagen über 200 Unterschriften und noch zwei Politiker im Boot. Die frisch gegründete Bürgerinitiative „Hochwasser 2013 in Nünchritz“ kommt in Fahrt. Gestern stellte sie ihre Ziele vor. „Es kommt nicht morgen der Umweltminister“, das stellte Udo Schmidt, der Sprecher der Bürgerinitiative gleich anfangs klar. Der ehemalige Bürgermeister von Nünchritz weiß, dass die Behörden in den nächsten zwei Wochen erstmal ganz andere Prioritäten haben. Doch spätestens Ende Juni wollen sie sich auf Landesebene Gehör verschaffen. „Wir fordern einen wirksamen Hochwasserschutz“, so der SPD-Politiker und heutige Rentner. Dafür will er bereits ab heute seine Kontakte in den Innenausschuss des Landtages nutzen. Denn auch er weiß: „Es ist zu wenig passiert bisher.“ Über die Parteigrenzen hinweg arbeitet er nun im Gremium mit dem aktuellen Nünchritzer Bürgermeister Gerd Barthold zusammen. Gestern rief die Bürgerbewegung zur ersten Informationsveranstaltung in die Wackerturnhalle. Dort offenbarten sie ihr Arbeitsprogramm.

Es ist Punkt 13 Uhr. Jürgen Schmidt, der Sohn des früheren Bürgermeisters, tritt vor die Betroffenen. „Unser zeitliches Ziel ist 2015. Das ist das, was uns die Landestalsperrenverwaltung zugesagt hat.“ Dann macht er klar, dass die Bürgerinitiative für Nünchritz mit all seinen Ortsteilen zuständig ist und auch den Erfahrungsaustausch mit anderen Initiativen wie die Kirchstraße in Gröba sucht. „Es wird kein Sprint, sondern ein Marathon“, betont er. Dafür appelliert Jürgen Schmidt, dass festgelegte Schutzmaßnahmen für Dammhöhen von den Bürgern respektiert werden müsse. „Auch ist jeder selbst eigenverantwortlich. Das heißt, jeder hat dafür Sorge zu tragen, sein Eigentum zu sichern“, führt er fort. Auch bauliche Maßnahme seien vorzunehmen. „Und der Bürger darf nicht müde werden, zu fordern“, so Schmidt weiter. Doch nicht nur die Bürger, auch die Gemeinde muss die Ziele gegenüber der Landestalsperrenverwaltung (LTV) und der Staatsregierung durchsetzen. „Aber auch eine bessere Stromversorgung im Havariefall, die Schulung der Einsatzkräfte für den Hochwasserschutz sichern, Evakuierungen planen und üben sowie gemeindeeigene Gullys stopfen.“

Die Aufgaben der LTV sieht die Bewegung darin, die Dammhöhe festzulegen. Dabei sollen die Erfahrungen aus 2013 einfließen. Über eine Flutrinne soll der Abfluss bei Dammüberlauf sichergestellt werden. „Wir wollen keine Einzellösungen und Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung“, sagt Schmidt entschieden. Gelder für den Hochwasserschutz als auch in Form von Fördermitteln sowie die Überprüfung des Bebauungsplanes sehen Schmidt und sein Gremium als Aufgabe der Regierung. „Sie sollen die gesetzlichen Grundlagen schaffen und Versprechen einhalten.“

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/buergerinitiative-stellt-ihr-arbeitsprogramm-vor-2591888.html>